

Januar 2016

Eine Umfrage zur politischen Stimmung im Auftrag
der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT



ARD-DeutschlandTREND

Der Inhalt dieses Berichtes darf ganz oder teilweise nur mit unserer schriftlichen Genehmigung veröffentlicht, vervielfältigt, gedruckt oder in Informations- und Dokumentationssystemen (information storage and retrieval systems) gespeichert, verarbeitet oder ausgegeben werden.

Inhaltsverzeichnis

Untersuchungsanlage.....	1
Zusammenfassung	2
Nach Übergriffen in Köln: Große Mehrheit für Ausweitung der Videoüberwachung.....	3
Themenagenda 2016: Flüchtlingssituation mit Abstand auf Platz 1.....	5
Zuwanderung wird in West und Ost ambivalent beurteilt	6
Mehrheit für Grenzkontrollen zwischen EU-Ländern.....	7
Zutrauen in die Union beim Thema „Flüchtlinge“ am größten	8
Furcht vor Terroranschlägen gestiegen.....	9
Verhältnisse in Deutschland und in der Welt für viele beunruhigend	11
Großes Vertrauen in die deutsche Polizei.....	13
Jeder Zweite zufrieden mit der Bundesregierung	14
Politikerbewertung: Schäuble und Steinmeier an der Spitze, Merkel legt zu.....	15
Sonntagsfrage: Leichte Zugewinne für die Union	17
Wirtschaftliche Lage weiterhin positiv bewertet	19

ARD – DeutschlandTREND Januar 2016

Umfrage zur politischen Stimmung im Auftrag
der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT

Untersuchungsanlage

Grundgesamtheit	Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland ab 18 Jahren	
Stichprobe	Repräsentative Zufallsauswahl/Dual-Frame (Relation Festnetz-/Mobilfunknummern 70:30)	
WDR-Autor	Ellen Ehni	0221 220-1800
WDR-Redakteurin	Friederike Hofmann	0221 220-1800
Wissenschaftliche Betreuung / Durchführung infratest dimap	Heiko Gothe	030 53322-116
Erhebungsverfahren	Computergestützte Telefoninterviews (CATI)	
Fallzahl	1.004 Befragte Sonntagsfrage: 1.504 Befragte Zusatzfragen: 500 Befragte	
Erhebungszeitraum	4. bis 5. Januar 2016 Sonntagsfrage: 4. bis 6. Januar 2016 Zusatzfragen: 6. Januar 2016	
Fehlertoleranz	1,4* bis 3,1** Prozentpunkte Bei 500 Befragten: 1,9* bis 4,4** Prozentpunkte * bei einem Anteilswert von 5 Prozent ** bei einem Anteilswert von 50 Prozent	
Durchführendes Institut:	infratest dimap	
Ihre Ansprechpartner:	Michael Kunert	030 53322-154
	Reinhard Schlinkert	0228 32969-3

Zusammenfassung

Nach den zahlreichen Straftaten in der Silvesternacht am Kölner Hauptbahnhof und in anderen Städten wollen 30 Prozent aller Deutschen größere Menschenansammlungen meiden. Frauen haben dies deutlich häufiger vor (37 Prozent) als Männer (21 Prozent). Eine Ausweitung der Videoüberwachung an öffentlichen Plätzen befürworten 82 Prozent der Bundesbürger. Die nach den Ereignissen in Köln laut gewordene Kritik am Agieren der Kölner Polizei hat aktuell nicht zu einem generellen Vertrauensentzug gegenüber den Sicherheitskräften geführt. Das Vertrauen in die Polizei ist am Mittwoch mit 77 Prozent nahezu genauso groß wie zu Beginn der Woche (79 Prozent).

Die Flüchtlingssituation ist aus Sicht der Bürger das mit Abstand wichtigste Thema in diesem Jahr. Drei Viertel (73 Prozent) sind der Meinung, dass sich die Bundesregierung vorrangig um den Komplex Zuwanderung kümmern sollte. Der Arbeitsmarkt (10 Prozent) und die wirtschaftliche Situation (8 Prozent) werden von rund jedem Zehnten genannt und spielen damit eine deutlich nachrangigere Rolle.

Die Zuwanderung nach Deutschland stößt weiterhin auf ein geteiltes Echo: Dass die Bundesrepublik daraus eher Vorteile ziehen wird, glauben 38 Prozent, während 41 Prozent davon ausgehen, dass die Nachteile überwiegen werden. Die Einführung einer Obergrenze für die Aufnahme von Flüchtlingen befürworten aktuell 61 Prozent. Mehr Zustimmung erhält mit 75 Prozent die Idee, ein Gesetz einzuführen, das Zuwanderer auf deutsche Grundwerte verpflichtet. Eine Mehrheit von 57 Prozent findet die Wiedereinführung von Grenzkontrollen innerhalb der Europäischen Union richtig. Die Verweigerung der Einreise für Flüchtlinge, die keine gültigen Ausweispapiere besitzen, findet bei 51 Prozent Zustimmung.

Die Bundesbürger trauen am ehesten der Union zu, die Flüchtlingssituation in den Griff zu bekommen. Knapp vier von zehn schreiben den beiden Unionsparteien hier die größte Kompetenz zu. Demgegenüber haben allerdings ebenfalls knapp vier von zehn Zweifel, ob die politischen Parteien diese Aufgabe lösen können.

Aktuell äußern 68 Prozent der Bürger die Befürchtung, dass es in nächster Zeit in Deutschland terroristische Anschläge geben könnte. Damit haben sich nach dem Münchner Terroralarm in der Silvesternacht die Sorgen der Bevölkerung merklich verstärkt (+7 Punkte im Vergleich zum Dezember).

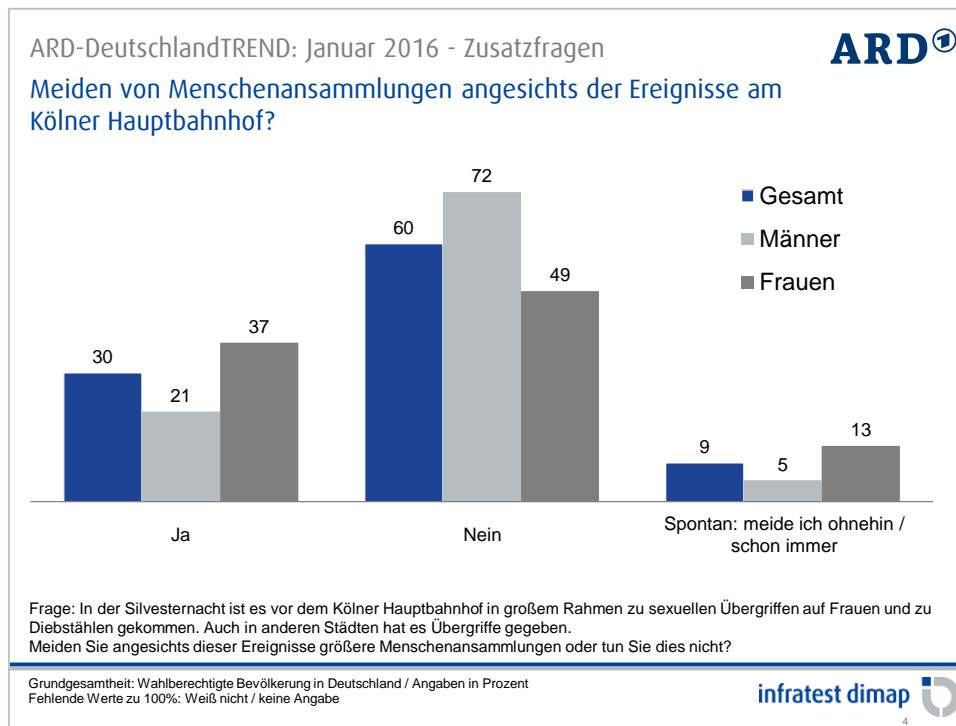
Spitzenreiter der Politikerbewertung sind Finanzminister Schäuble und Außenminister Frank-Walter Steinmeier mit einer Zufriedenheitsrate von 72 bzw. 71 Prozent. Bundeskanzlerin Merkel legt binnen Monatsfrist 4 Punkte zu und bekommt derzeit von 58 Prozent der Deutschen gute Noten.

Nicht nur die Parteivorsitzenden Merkel und Seehofer verbessern ihre Zufriedenheitswerte, auch die CDU/CSU legt im Urteil der Bundesbürger leicht zu und könnte derzeit mit 39 Prozent (+2) der Stimmen rechnen. Die SPD büßt hingegen leicht ein und käme auf 24 Prozent (-1). Die Grünen lägen wie vor vier Wochen bei 11 Prozent, die Linke ebenfalls unverändert bei 8 Prozent. Den Liberalen bliebe wie schon im Dezember der Einzug in den Bundestag aktuell verwehrt (4 Prozent). Die AfD könnte dagegen trotz leichter Verluste mit einem Einzug in den Bundestag rechnen (9 Prozent, -1).

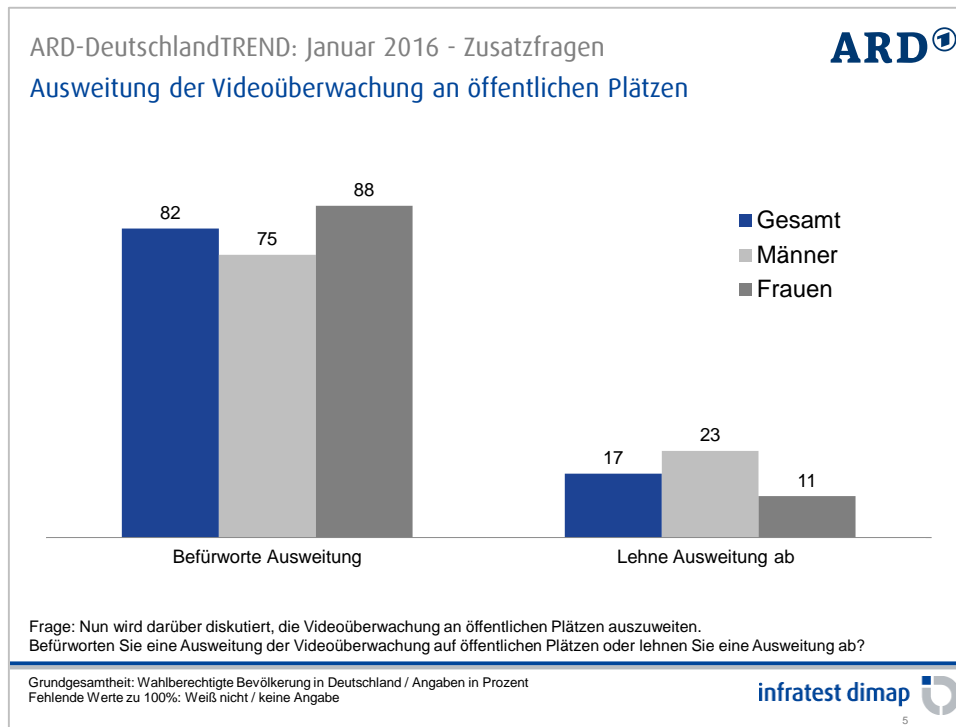
Das sind die wichtigsten Ergebnisse des ARD-DeutschlandTREND Januar 2016, den infratest dimap im Auftrag der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT erstellt hat.

Nach Übergriffen in Köln: Große Mehrheit für Ausweitung der Videoüberwachung

Wegen der Ereignisse in der Silvesternacht am Kölner Hauptbahnhof und in anderen Städten haben wir die Bundesbürger zusätzlich am Mittwoch zu ihrer Bewertung der möglichen Konsequenzen daraus befragt. Angesichts der sexuellen Übergriffe auf Frauen und der gehäuften Diebstähle geben aktuell 30 Prozent aller Deutschen an, dass sie größere Menschenansammlungen meiden wollen. Frauen (37 Prozent) haben dies deutlich häufiger vor als Männer (21 Prozent). Sechs von zehn geben an, dies nicht tun zu wollen.



Eine Ausweitung der Videoüberwachung an öffentlichen Plätzen befürworteten 82 Prozent der Bundesbürger. Knapp ein Fünftel (17 Prozent) lehnt dies ab.

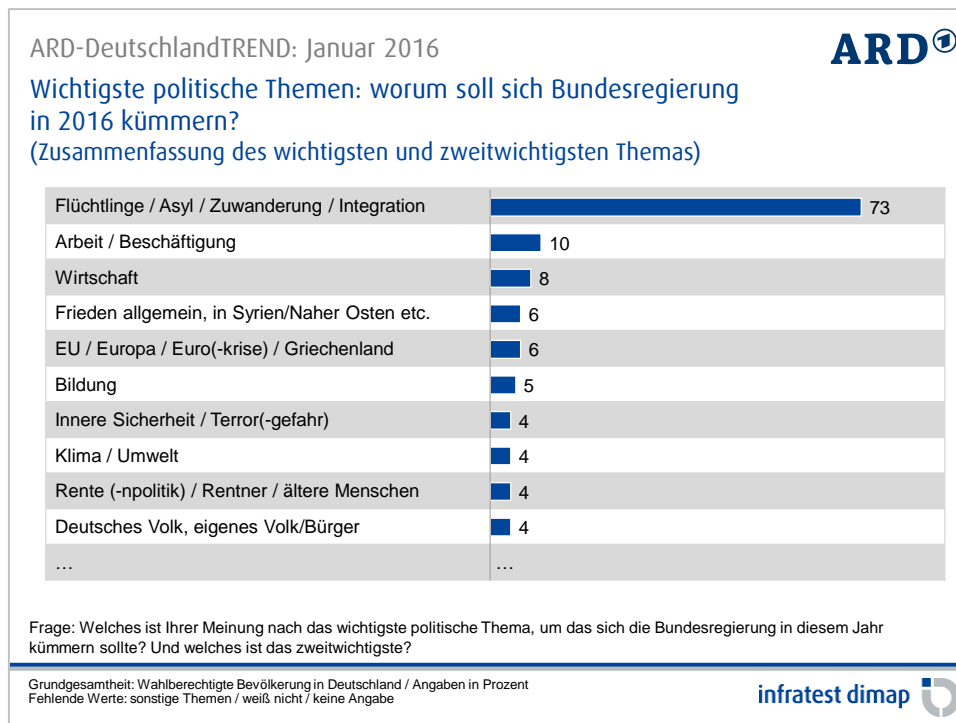


Frauen befürworten diese Überwachungsmaßnahme deutlich stärker als Männer (88:75 Prozent).

Die nach den Ereignissen in der Silvesternacht am Kölner Hauptbahnhof laut gewordene Kritik am Agieren der Kölner Polizei hat aktuell nicht zu einem generellen Vertrauensentzug gegenüber den Sicherheitskräften geführt. Das Vertrauen in die Polizei ist am Mittwoch mit 77 Prozent nahezu genauso groß wie zu Beginn der Woche (79 Prozent).

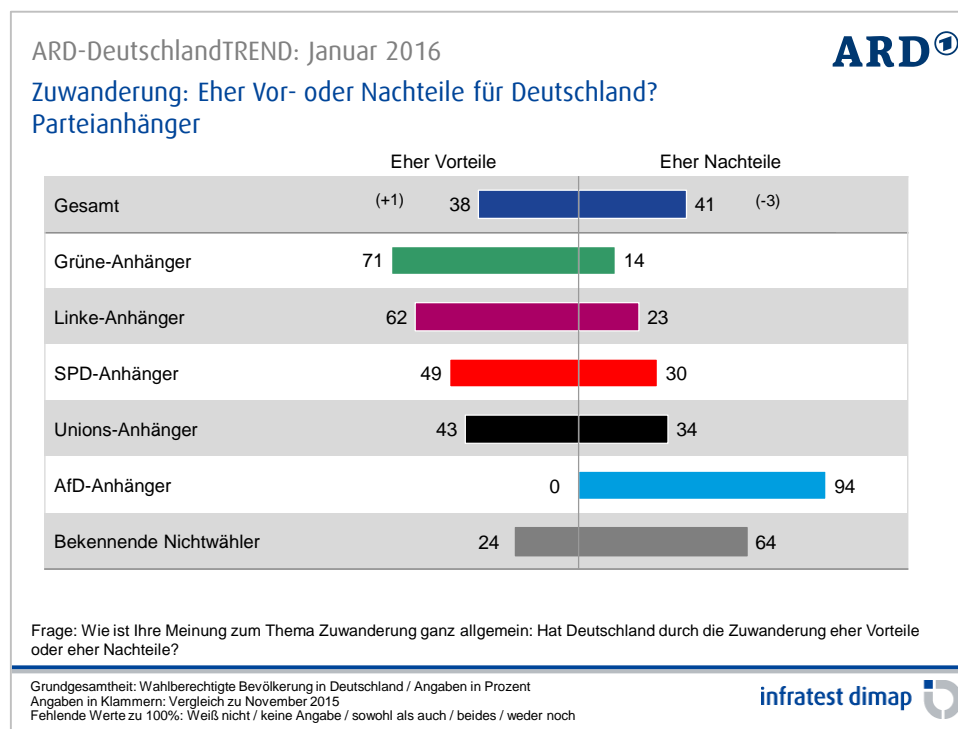
Themenagenda 2016: Flüchtlingssituation mit Abstand auf Platz 1

Die Flüchtlingssituation ist aus Sicht der Bürger die mit Abstand wichtigste Aufgabe in diesem Jahr. Drei Viertel der Wahlberechtigten (73 Prozent) sind der Meinung, dass sich die Bundesregierung vorrangig um das Thema Zuwanderung kümmern sollte. Beschäftigung (10 Prozent) und die wirtschaftliche Situation (8 Prozent) werden von rund jedem Zehnten genannt und spielen damit eine deutlich nachrangigere Rolle. Die Befriedung der Auseinandersetzungen, z.B. in Syrien, und damit die Bekämpfung der Fluchtursachen nennen 6 Prozent als Thema, um das sich die Bundesregierung in 2016 kümmern sollte.



Zuwanderung wird in West und Ost ambivalent beurteilt

Die Zuwanderung von Flüchtlingen nach Europa und nach Deutschland war das alles beherrschende Thema des vergangenen Jahres. Der Zustrom hat derzeit zwar etwas nachgelassen, dennoch kommen weiterhin täglich tausende Menschen nach Deutschland. Auch die Debatte um die Folgen der Zuwanderung für Deutschland hält unvermindert an. In der Bevölkerung wird die Frage ambivalent beurteilt. Dass die Bundesrepublik daraus eher Vorteile ziehen wird, glauben 38 Prozent, während eine geringfügig höhere Zahl von 41 Prozent davon ausgeht, dass die Nachteile überwiegen werden. Eine kleine Gruppe von 15 Prozent ist der Ansicht, dass sich beides die Waage halten wird.

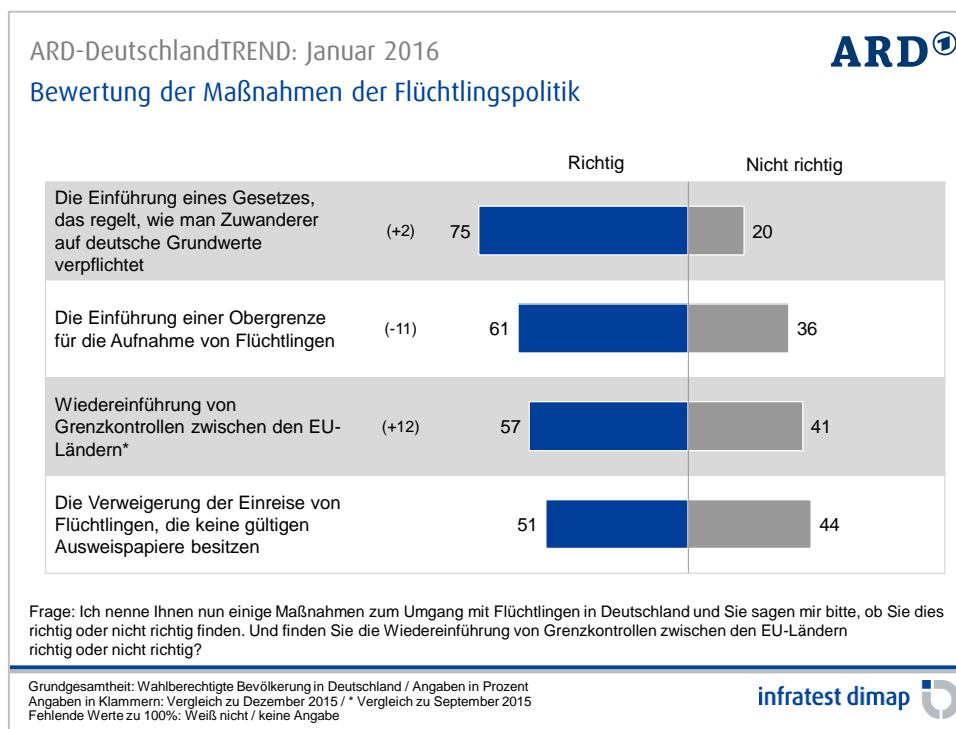


Die unterschiedliche Beurteilung der Zuwanderung zwischen West und Ost hat sich nahezu vollständig nivelliert.

Bei den Anhängern von Union, SPD, Linke und Grünen überwiegt die Zahl derer, die in der Zuwanderung Vorteile sehen. In der AfD-Anhängerschaft ist der skeptische Blick auf die Zuwanderung nahezu einhellig.

Mehrheit für Grenzkontrollen zwischen EU-Ländern

In der Öffentlichkeit werden seit längerem einige Vorschläge diskutiert, um die Zuwanderung zu steuern bzw. zu begrenzen. Eine der Maßnahmen wird in der Einführung einer Obergrenze für die Aufnahme von Flüchtlingen gesehen. Sechs von zehn Bürgern (61 Prozent) würden diesen Schritt befürworten. Mehr Zustimmung erhält mit 75 Prozent die Idee, ein Gesetz einzuführen, das Zuwanderer auf deutsche Grundwerte verpflichtet. Eine weitere Maßnahme wird darin gesehen, Flüchtlingen, die keine gültigen Ausweispapiere besitzen, die Einreise zu verweigern. Jeder zweite Bürger (51 Prozent) unterstützt diese Idee.

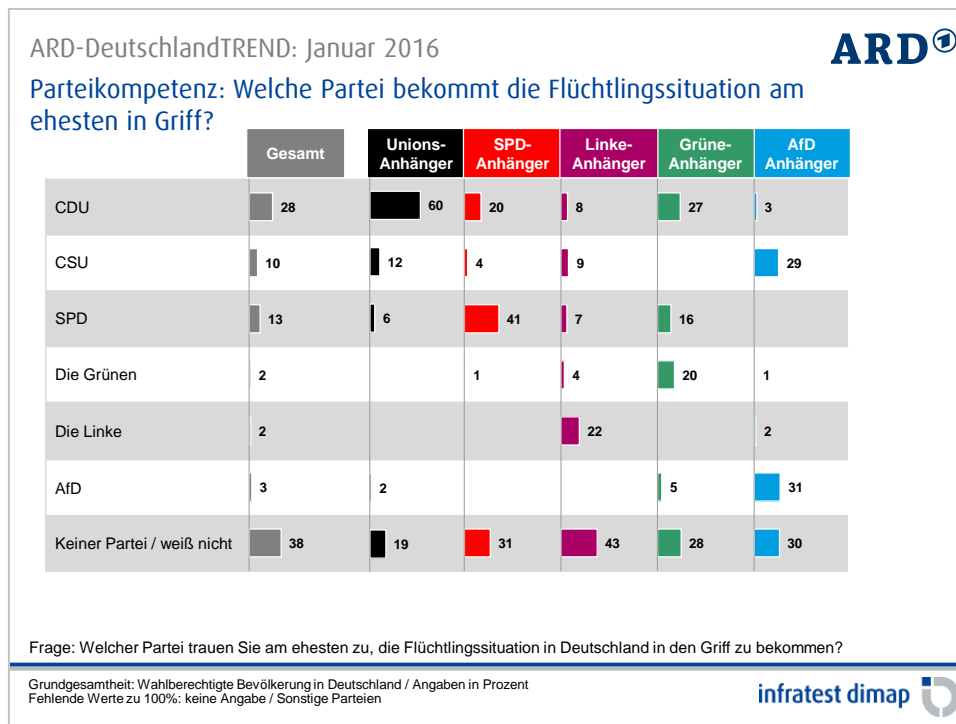


In einigen Mitgliedsländern der EU gibt es bereits seit längerem Grenzkontrollen um den Flüchtlingsstrom zu kanalisieren und zu begrenzen. In den letzten Tagen haben nun auch Schweden und Dänemark solche Maßnahmen eingeführt. Die Mehrheit von 57 Prozent der Bundesbürger würde der Wiedereinführung von Grenzkontrollen zustimmen, 41 Prozent halten dies nicht für richtig.

Zutrauen in die Union beim Thema „Flüchtlinge“ am größten

Die Bundesbürger trauen am ehesten der Union zu, die Flüchtlingssituation in den Griff zu bekommen. Knapp vier von zehn schreiben den beiden Unionsparteien hier die größte Kompetenz zu. Demgegenüber haben allerdings ebenfalls knapp vier von zehn Zweifel (38 Prozent), ob die politischen Parteien diese Aufgabe lösen können.

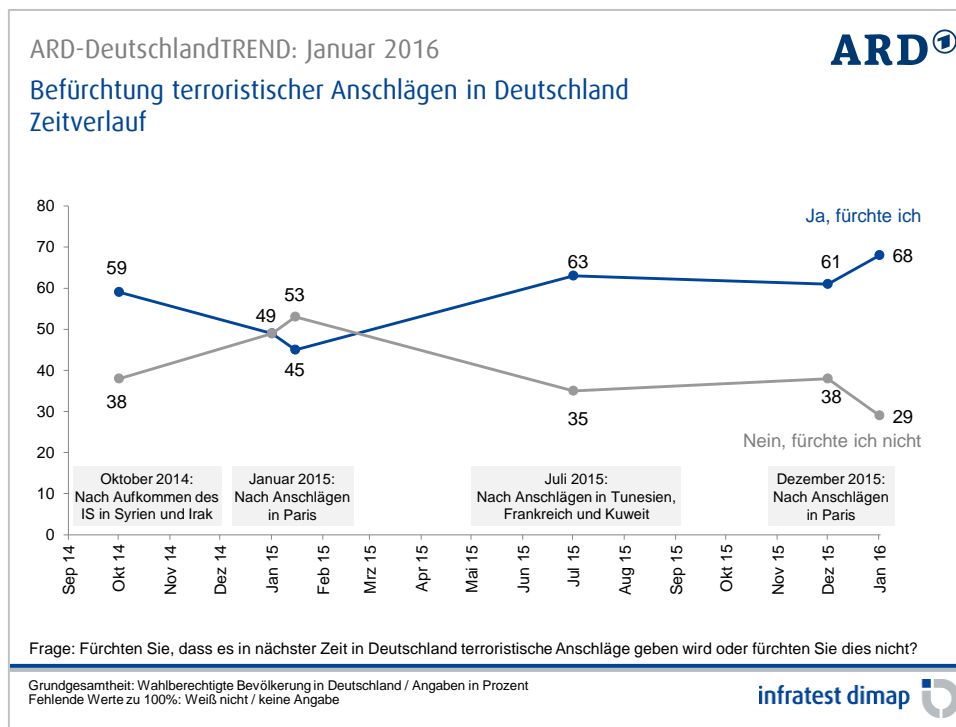
Der größere Teil der Kompetenzzuschreibung für die Union entfällt mit 28 Prozent auf die CDU. Jeder zehnte Bundesbürger (10 Prozent) hat bei diesem Thema das größte Zutrauen in die bayerische CSU. In der SPD sehen 13 Prozent die Partei mit den besten Ansätzen in der Flüchtlingspolitik. Alle anderen politischen Gruppierungen spielen in diesem Zusammenhang keine große Rolle.



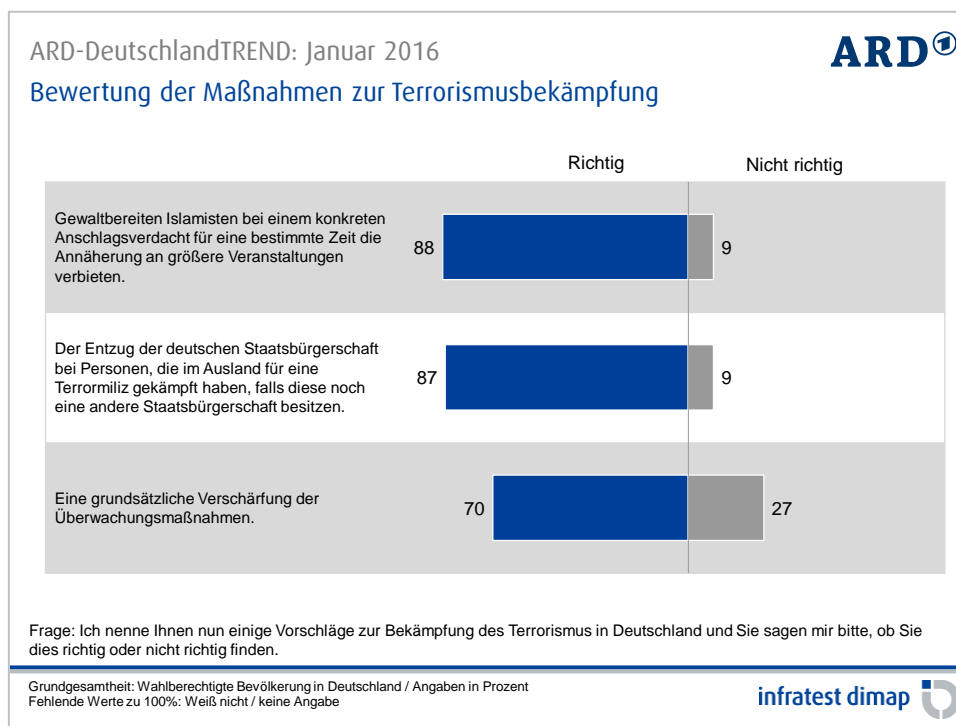
Der Blick in die Parteianhängerschaften zeigt, dass die Unions-Anhänger bei der Flüchtlingsthematik großes Zutrauen in die beiden Parteien haben. Anders in Reihen der SPD, deren Anhänger zwar zu 41 Prozent das größte Sachvertrauen in die Sozialdemokraten haben, zugleich aber auch 20 Prozent der Union die größte Lösungsfähigkeit zuschreiben. Auffällig ist, dass fast genauso viele AfD-Anhänger der CSU am ehesten zutrauen, die Flüchtlingssituation in den Griff zu bekommen, wie der eigenen Partei.

Furcht vor Terroranschlägen gestiegen

Zu Beginn des Jahres 2016 äußern 68 Prozent der Bürger die Befürchtung, dass es in nächster Zeit in Deutschland terroristische Anschläge geben könnte. Damit haben sich nach dem Münchner Terroralarm in der Silvesternacht die Sorgen der Bevölkerung merklich verstärkt (+7 Punkte).

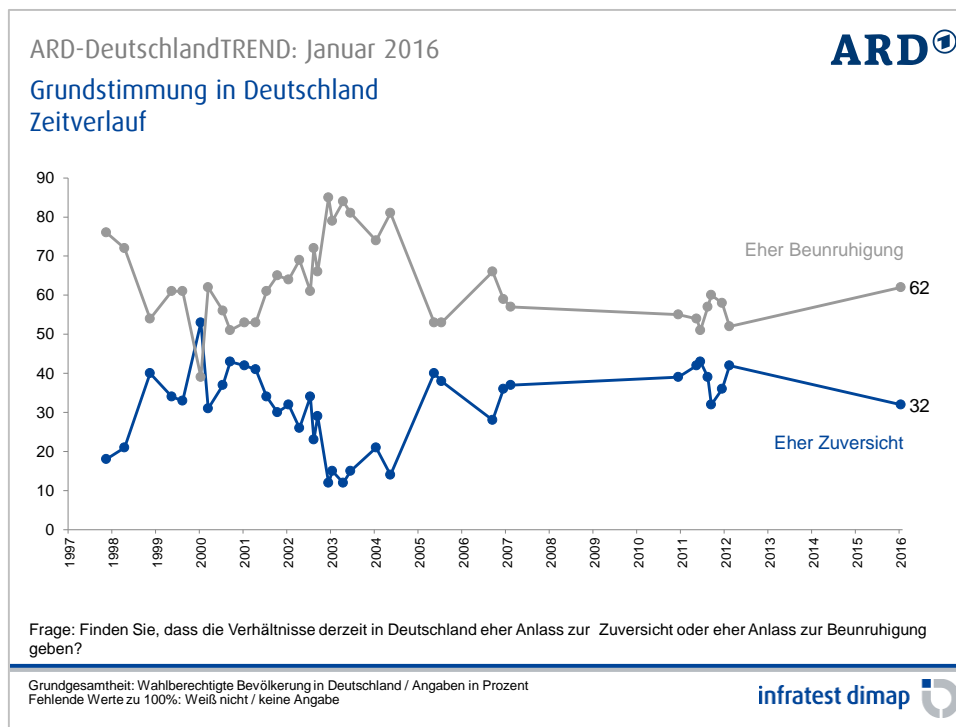


In der Öffentlichkeit wird eine Reihe von denkbaren Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus diskutiert. Nahezu einhellig, zu 88 Prozent, wird der Vorschlag unterstützt, gewaltbereiten Islamisten bei einem konkreten Anschlagsverdacht für eine bestimmte Zeit die Annäherung an größere Veranstaltungen zu verbieten. In gleichem Umfang (87 Prozent) befürworten die Bürger den Entzug der deutschen Staatsangehörigkeit für Personen, die im Ausland für eine Terrormiliz gekämpft haben, falls diese noch eine andere Staatsbürgerschaft besitzen. Nicht ganz so hoch fällt mit 70 Prozent die Zustimmung zu einer grundsätzlichen Verschärfung der Überwachungsmaßnahmen aus.



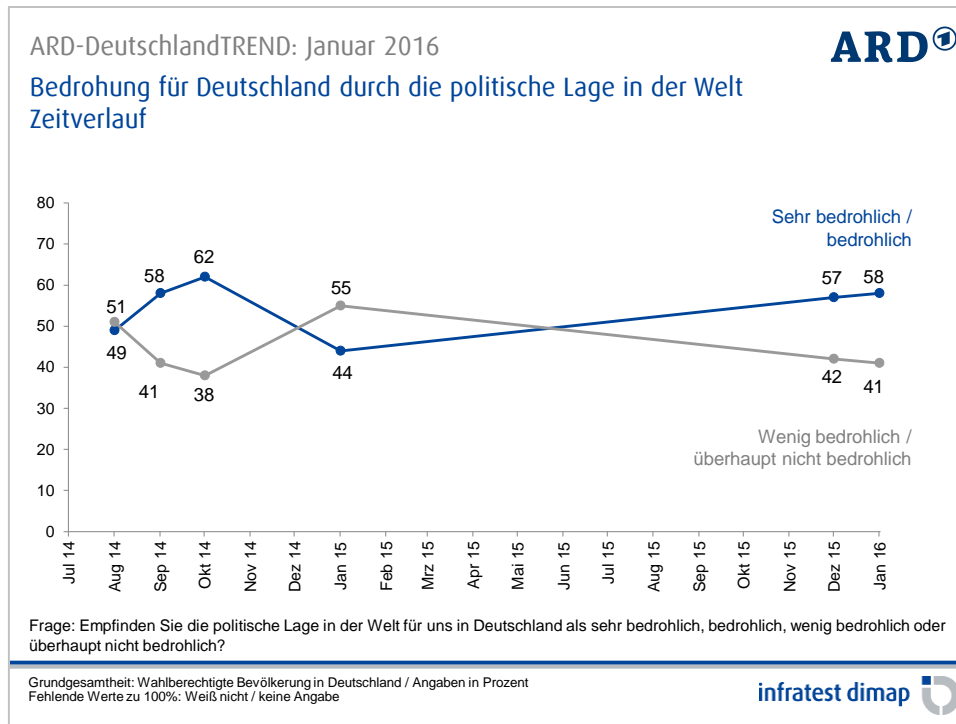
Verhältnisse in Deutschland und in der Welt für viele beunruhigend

Trotz der guten wirtschaftlichen Lage empfinden viele Bürger die Verhältnisse in Deutschland generell als beunruhigend. Jeder Dritte (32 Prozent) betrachtet den Gang der Dinge alles in allem mit Zuversicht, fast zwei Drittel (62 Prozent) sehen die Lage hingegen als besorgniserregend an.



Im Vergleich zu Anfang 2012 ist der Anteil derer, die mit Beunruhigung auf die Verhältnisse in Deutschland schauen, um 10 Punkte angewachsen.

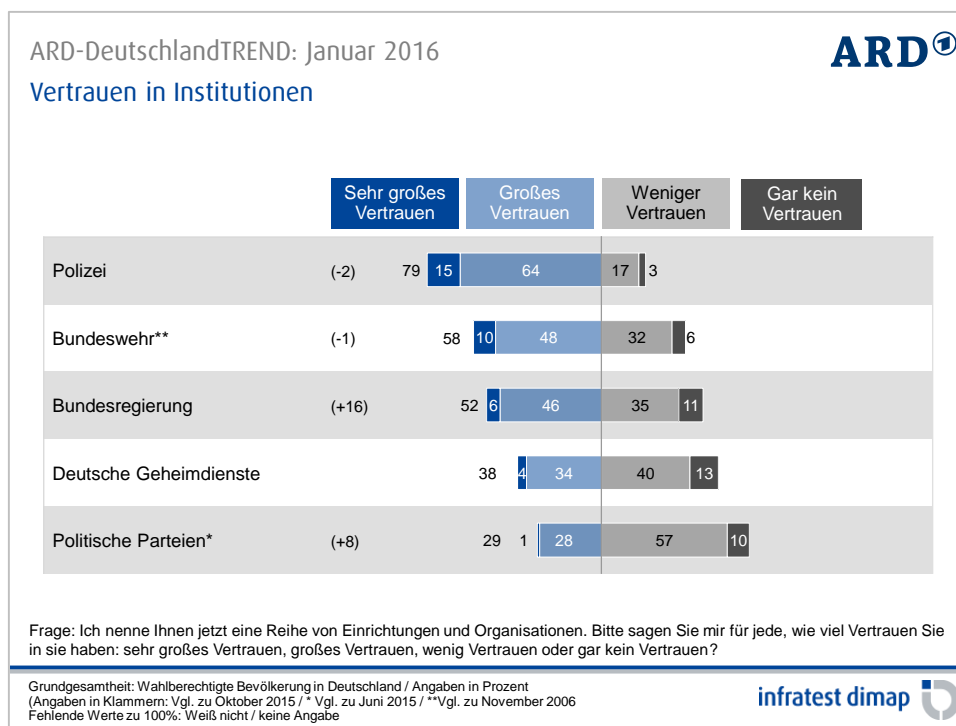
Ein wesentlicher Auslöser für die größere Besorgnis liegt sicher auch in der Einschätzung der weltpolitischen Lage, die rund sechs von zehn als sehr bedrohlich (10 Prozent) bzw. ziemlich bedrohlich (48 Prozent) für Deutschland einstufen. Vier von zehn empfinden die Weltlage für uns in Deutschland als wenig (37 Prozent) bzw. gar nicht (4 Prozent) bedrohlich.



An der Einschätzung der Lage hat sich damit in den letzten vier Wochen nichts Substantielles geändert.

Großes Vertrauen in die deutsche Polizei

Die deutsche Polizei steht derzeit vor großen Herausforderungen und damit auch im Rampenlicht der Öffentlichkeit. Von der Bevölkerung erhält sie dabei ein hohes Maß an Rückendeckung. Vier von fünf Bundesbürgern (79 Prozent) bringen der Polizei sehr großes bzw. großes Vertrauen entgegen. Lediglich ein Fünftel (20 Prozent) äußert sich kritisch gegenüber der Polizei.



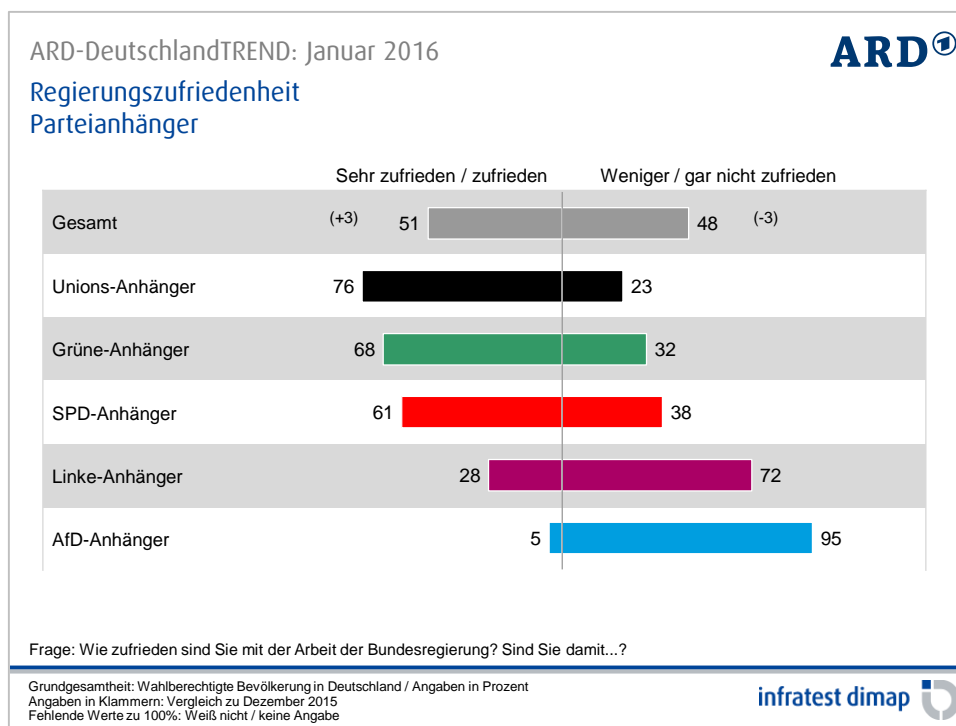
Mit einigem Abstand folgt auf dem zweiten Rang die Bundeswehr, die das Vertrauen von 58 Prozent der Bevölkerung genießt. In der Bundesregierung sehen 52 Prozent eine verlässliche Institution.

Die Geheimdienste spielen vor dem Hintergrund der Befürchtung von Terroranschlägen eine wichtige Rolle, können aber, anders als die Polizei, nur bei einer Minderheit von 38 Prozent, mit Vertrauen rechnen. Bei einer Mehrzahl von 53 Prozent ist das Vertrauen in die deutschen Geheimdienste eher gering.

Das Schlusslicht der hier ausgewählten Institutionen bilden, wie schon seit langem, die politischen Parteien, die bei zwei Drittel der Bürger wenig oder gar kein Vertrauen genießen (29:67 Prozent).

Jeder Zweite zufrieden mit der Bundesregierung

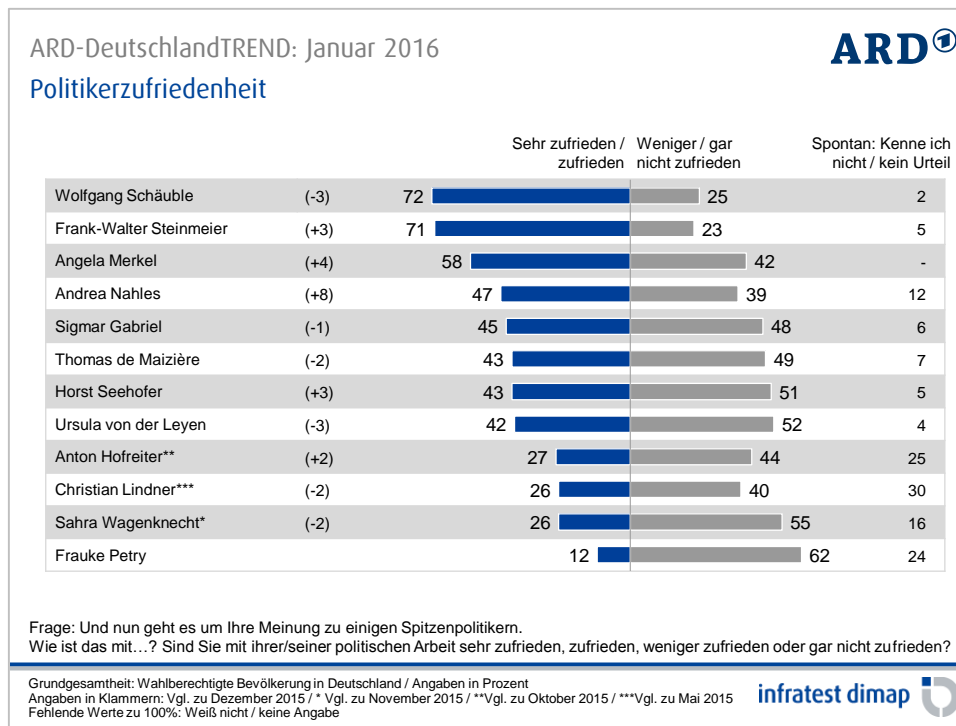
Erstmals seit September 2015 erfährt die Bundesregierung von den Bürgern wieder mehrheitlich eine positive Resonanz – wenn auch nur knapp. Zu Beginn des Jahres äußern sich 51 Prozent sehr zufrieden bzw. zufrieden mit dem Berliner Kabinett, ein Zuwachs von 3 Punkten gegenüber Anfang Dezember. Demgegenüber sind 48 Prozent weniger bzw. gar nicht zufrieden.



Die Analyse der Parteianhängerschaften zeigt bemerkenswerte Unterschiede. Den größten Rückhalt hat die Regierung Merkel in der Unions-Anhängerschaft, die zu drei Vierteln gute Noten vergeben. Zweitgrößte Zustimmung erfährt die Große Koalition nicht von den SPD-Anhängern, sondern von den Anhängern der Grünen, von denen 68 Prozent wohlwollend über Schwarz-Rot urteilen. In Reihen der SPD-Anhängerschaft sind es 61 Prozent. Deutliche Ablehnung erfährt die Merkel-Regierung bei den Anhängern der Linken und vor allem der AfD.

Politikerbewertung: Schäuble und Steinmeier an der Spitze, Merkel legt zu

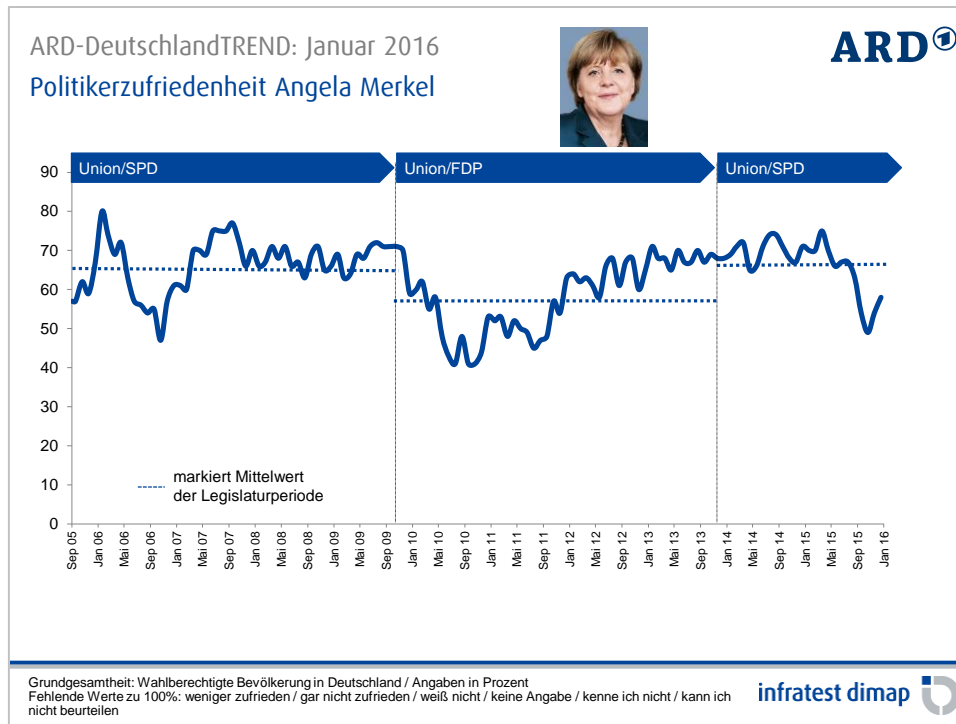
Wolfgang Schäuble und Frank-Walter Steinmeier sind aktuell die beliebtesten Politiker in Deutschland. Mit der Arbeit des CDU-Finanzministers sind 72 Prozent der Bürger (-3 Punkte im Vergleich zum Vormonat) sehr zufrieden bzw. zufrieden. Das politische Wirken des sozialdemokratischen Außenministers findet bei 71 Prozent (+3) positive Resonanz. Bundeskanzlerin Angela Merkel legt 4 Punkte zu und bekommt derzeit von 58 Prozent der Deutschen gute Noten.



Arbeitsministerin Angela Nahles machte zuletzt mit ihrem Vorstoß für eine Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns und einer Einschränkung der Sozialhilfe für Ausländer aus der Europäischen Union auf sich aufmerksam. Binnen Monatsfrist verbessert die SPD-Politikerin ihren Zufriedenheitswert mit dem höchsten Zuwachs aller abgefragten Politiker (+8) auf 47 Prozent – der höchste Wert für Nahles im ARD-DeutschlandTREND. Im Mittelfeld hinter Nahles platzieren sich eine Reihe ihrer Koalitionskollegen: Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (45 Prozent, -1), Innenminister Thomas de Maizière (43 Prozent, -2), CSU-Chef Horst Seehofer (43 Prozent, +3) und Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (42 Prozent, -3) liegen nahezu gleichauf.

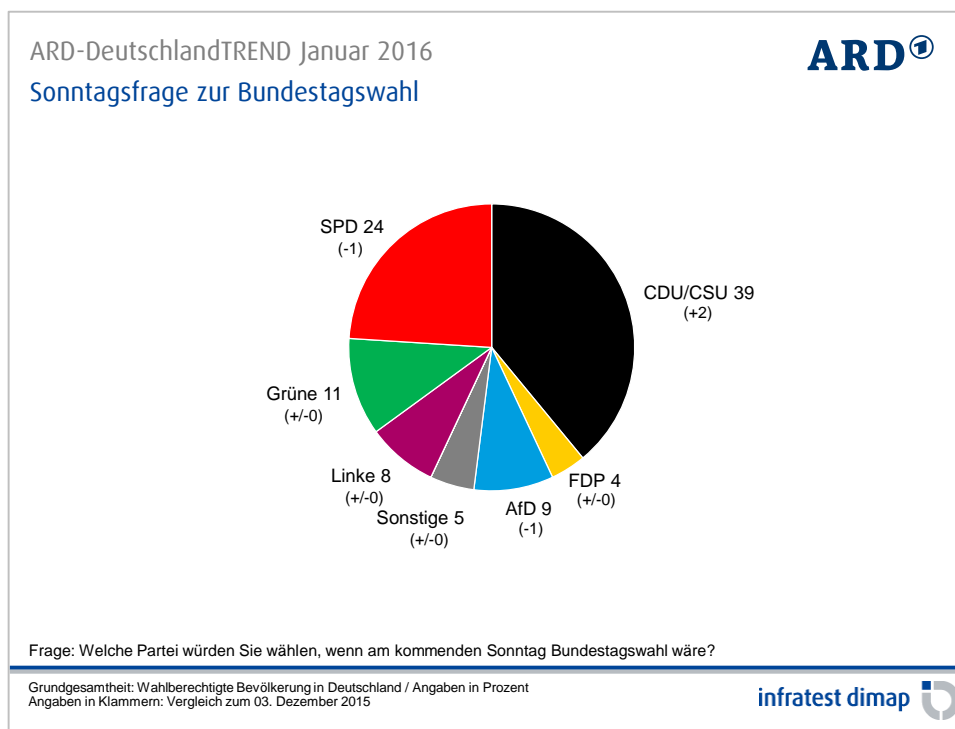
Von den in diesem Monat abgefragten Oppositionspolitikern treffen die Spitzen von Grünen, Linken und FDP bei rund einem Viertel der Wahlberechtigten auf ein positives Echo. Dies schließt die Fraktionsvorsitzenden der Grünen, Anton Hofreiter (27 Prozent), und der Linken Sahra Wagenknecht (26 Prozent) sowie den FDP-Vorsitzenden Christian Lindner (26 Prozent)

ein. Auf deutlich größere Ablehnung stößt die AfD-Parteivorsitzende Frauke Petry, mit deren Arbeit lediglich 12 Prozent einverstanden sind. Zugleich ist die Skepsis gegenüber ihrem politischen Wirken mit 62 Prozent so groß wie bei keinem anderen der in diesem Monat abgefragten Politiker.



Sonntagsfrage: Leichte Zugewinne für die Union

Im Vergleich zum Dezember letzten Jahres können nicht nur die Parteivorsitzenden Merkel und Seehofer ihre Zufriedenheitswerte verbessern, auch die CDU/CSU legt im Urteil der Bundesbürger leicht zu und könnte derzeit mit 39 Prozent (+2) der Stimmen rechnen. Die SPD büßt hingegen leicht ein und käme auf 24 Prozent (-1). Die Grünen lägen wie vor vier Wochen bei 11 Prozent, die Linke unverändert bei 8 Prozent. Den Liberalen bliebe wie schon im Dezember der Einzug in den Bundestag aktuell verwehrt (4 Prozent). Die AfD könnte dagegen trotz leichter Verluste mit einem Einzug in den Bundestag rechnen (9 Prozent, -1). Die sonstigen Parteien kämen zusammen auf 5 Prozent der Stimmen.

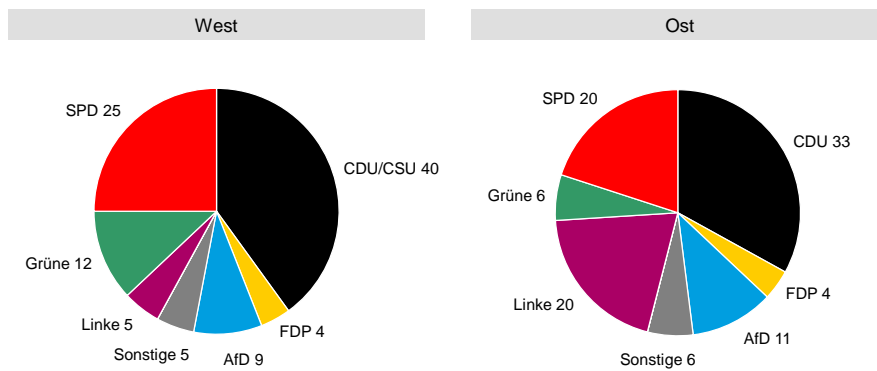


Die Sonntagsfrage misst aktuelle Wahlneigungen und nicht tatsächliches Wahlverhalten. Sie ermittelt einen Zwischenstand im Meinungsbildungsprozess der Wahlbevölkerung, der erst am Wahlsonntag abgeschlossen ist. Rückschlüsse auf den Wahlausgang sind damit nur bedingt möglich. Viele Wähler legen sich kurzfristig vor einer Wahl fest. Eine große Bedeutung hat zudem der Wahlkampf mit der gezielten Ansprache von unentschlossenen und taktischen Wählern.

ARD-DeutschlandTREND Januar 2016



Sonntagsfrage zur Bundestagswahl in West- und Ostdeutschland



Frage: Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre?

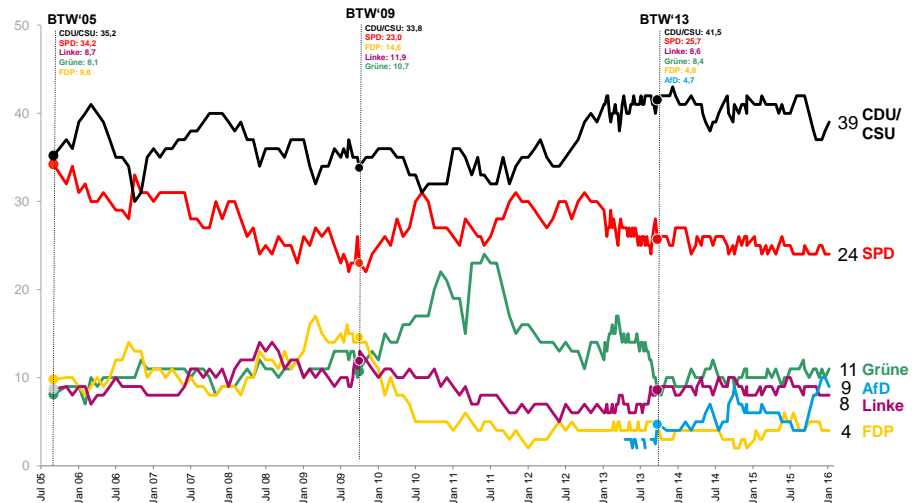
Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland / Angaben in Prozent



ARD-DeutschlandTREND Januar 2016



Sonntagsfrage zur Bundestagswahl: Zeitverlauf



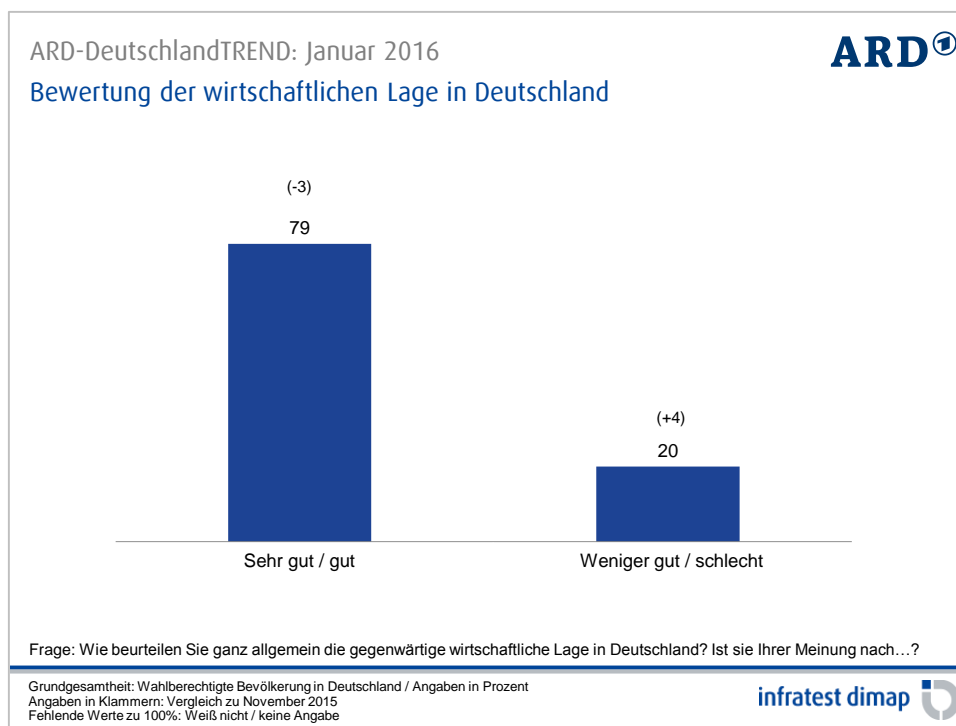
Frage: Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre?

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland / Angaben in Prozent



Wirtschaftliche Lage weiterhin positiv bewertet

Zu Beginn des Jahres 2016 erscheint vier von fünf Bundesbürgern die wirtschaftliche Lage hierzulande in einem günstigen Licht. Als sehr gut wird die Situation von 13 Prozent eingeschätzt und weitere 66 Prozent bezeichnen sie als gut. Kritisch äußert sich jeder Fünfte. Ihrer Ansicht nach stellen sich die ökonomischen Verhältnisse als weniger gut (14 Prozent) oder sogar als ausgesprochen schlecht (6 Prozent) dar.



Ein weitgehend ähnliches Bild ergab sich auch im November letzten Jahres, als 82 Prozent günstigen Bewertungen 16 Prozent skeptische Stimmen gegenüberstanden.

--

Michael Kunert / Reinhard Schlinkert